

ANFRAGE von Anita Borer (SVP, Uster), Martin Huber (FDP, Neftenbach) und Stefan Schmid (SVP, Niederglatt)

Betreffend Zürcher Kriminalstatistik – wo die Hebel ansetzen?

Die von Sicherheitsdirektor Mario Fehr veröffentlichte Kriminalitätsstatistik des Kantons Zürich für das Jahr 2023 zeichnet ein klares Bild. Sie zeigt unter anderem auf, dass Straftaten gemäss Strafgesetzbuch durch die ausländische Bevölkerung, Asylbewerber und Kriminaltouristen 2023 massiv zugenommen haben. Sie öffnet unter anderem auch der organisierten Kriminalität Tür und Tor und stellt eine höchst bedenkliche Entwicklung dar. Auch die Jugendkriminalität ist angestiegen.

Die Polizei ist immer stärker gefordert. Ihrem mutigen Einsatz zugunsten unserer Sicherheit zollen wir höchsten Respekt. Umso wichtiger ist es, dass auch die Politik ihre Arbeit macht und nicht weiter die Augen vor den aktuellen Problemen und deren Ursachen verschliesst. Um die Probleme an der Wurzel zu packen, braucht es klare Fakten. Wir wollen damit «Pauschalverurteilungen» vermeiden und konkrete Hebel bei der Ursache ansetzen. Entsprechend bitten wir den Regierungsrat, die bereits publizierten Daten noch etwas weiter aufzuschlüsseln.

Wir bitten die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche konkreten Massnahmen sind aus Sicht des Regierungsrates nötig, um die Probleme der angestiegenen Kriminalität im Allgemeinen an der Wurzel zu packen?
2. Wie kann der nachweislich gestiegenen Kriminalität von Ausländerinnen und Ausländern wirksam begegnet werden?
3. Wie kann der angestiegenen Jugendkriminalität wirksam begegnet werden?
4. Wie hoch ist der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung bei der häuslichen Gewalt?
5. Wie kann der häuslichen Gewalt wirksam entgegengewirkt werden?
6. Welche Daten bestehen in Bezug auf die organisierte Kriminalität (Alter, Herkunft usw.)?
7. Wie kann der organisierten Kriminalität entgegengewirkt werden?
8. Wie viele der Täter sind Wiederholungstäter und wie können Wiederholungstaten vermindert werden?
9. In welchen Bereichen kann und sollte aus Sicht des Regierungsrates das Strafrecht verschärft werden, um der Jugendkriminalität, der Kriminalität der ausländischen Wohnbevölkerung und der organisierten Kriminalität entgegenzuwirken?
10. Wie stellt sich der Regierungsrat gegenüber einem verbesserten Informationsaustausch zwischen den Kantonen? Welche gesetzlichen Anpassungen sind dazu nötig (z.B. bezüglich Datenschutz usw.)?

Anita Borer
Martin Huber
Stefan Schmid